Peripetie der Vergangenheitsbewältigung

Die Hakenkreuzschmierereien 1959/60 und das bundesdeutsche Verhältnis zum Nationalsozialismus

Von Manfred Kittel

Am Heiligen Abend 1959 wurde in Köln die erst wenige Monate zuvor im Beisein von Bundeskanzler Adenauer eingeweihte neue Synagoge geschändet. Die Täter hatten die Parole »Deutsche fordern Juden raus« neben Hakenkreuzen an die Wände geschmiert und außerdem ein Denkmal für die Opfer des NS-Regimes besudelt.[1] Schon tags darauf konnten die beiden – bereits vorbestraften – Täter festgenommen werden. Sie gehörten der rechtsextremen Deutschen Reichspartei (DRP) an und erklärten, aus Protest gegen das Eindringen von Juden in führende Stellungen der Bundesrepublik gehandelt zu haben. Vom Zeitpunkt des Heiligen Abends versprachen sie sich die »beste Wirkung in der Öffentlichkeit«[2], womit sie recht behalten sollten. Da sonst kaum etwas von Bedeutung vorgefallen war, gehörten ihnen an beiden Weihnachtsfeiertagen die Hauptsendezeiten des Rundfunks und des Fernsehens und an den folgenden Tagen die Schlagzeilen der Presse.

Die DRP distanzierte sich unverzüglich von der Tat und den Tätern, schloß beide – unter Hinweis auf wiederholte Reisen in die Sowjetzone – von der Partei aus und löste sogar den 30 Mitglieder starken Kreisverband Köln auf. Doch trug dies kaum zur Beruhigung der Lage bei. Aus allen Kreisen der Bevölkerung, des politischen, kommunalen und kulturellen Lebens der Stadt Köln, Nordrhein-Westfalens und der gesamten Bundesrepublik ging eine Flut von Telegrammen und Anrufen bei der Gemeinde der betroffenen Synagoge ein.[3] Allen anderen voran brachten der Bundespräsident, der Bundeskanzler und Bundesinnenminister Gerhard Schröder ihre Empörung zum Ausdruck. Schröder bedauerte in der Tagesschau des Deutschen Fernsehens besonders, daß »hier ... gegen den allgemeinen Willen« verstoßen worden sei, »das scheußlichste und unentschuldbare Kapitel der NS-Geschichte durch Wiedergutmachung und Versöhnung« endgültig zu überwinden.[4]

---

1 Die mit schwarzer Farbe übergossene Inschrift lautete: »Hier ruhen die Opfer der Gestapo. Dieses Mal erinnert an Deutschlands schmachvollste Zeit 1933-1945«.

2 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (*FAZ*), 28. Dezember 1959.

3 *FAZ*, 28. Dezember 1959.

4 *Keesing's Archiv der Gegenwart*, 7. Januar 1960, S. 8143.

Die öffentliche Empörung rief allerdings auch blitzartig Nachahmungstäter auf den Plan.[5] Bis Ende Januar wurden 470 Fälle registriert. Von den ermittelten Tätern befand sich die Hälfte noch in der Berufsausbildung. Politische und insbesondere antisemitische Motive lagen allerdings nur einem Drittel der Taten zugrunde; die Mehrzahl war auf Rowdytum – nicht selten unter Alkoholeinfluß – zurückzuführen. Die schnellen und strengen Urteile der deutschen Justiz gegen die Akteure der Sudelwelle reichten von Geldstrafen bis zu fast zweijährigem Gefängnis.[6]

Auch das Ausland, vor allem Westeuropa und Skandinavien, wurde von der Woge erfaßt. Doch richtete sich die scharfe und zum Teil diffamierende Kritik der Weltpresse allein gegen die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Kommentatoren des Ostblocks versuchten unter Hinweis auf den »faschistischen« Hintergrund der antisemitischen Vorfälle Mißtrauen gegen Bonn zu schüren.[7] Im britischen Unterhaus hieß es, die Bundesdeutschen seien immer noch das »gleiche arrogante Herrenvolk wie unter Hitler«.[8] Ein Labour-Politiker zeigte sich ganz und gar unbeeindruckt von »Adenauers Krokodilstränen der Entrüstung«, weil gerade der Bundeskanzler es sei, der viele »durchaus nicht reuevolle Nazis« in prominente Stellungen gebracht habe.[9] Tausende britische Studenten unterschrieben Protestresolutionen, und Mitte Januar zogen 20.000 Demonstranten in einem Schweigemarsch an der deutschen Botschaft in London vorüber.[10] In New York kam es zu Kundgebungen vor dem deutschen Konsulat. In Washington mußte Botschafter Grewe ein Memorandum des American Jewish Committee entgegennehmen, das in der Bundesrepublik ein Meinungsklima ausmachte, welches Hitlers Verbrechen bagatellisiere, und eine Wiederaufnahme der Entnazifizierung empfahl.[11] Israel zeigte sich in einer Demarche bei der Bundesregierung tief erschüttert. Der Zentralrat der Juden in Großbritannien sah es als erwiesen an, »daß der üble Geist des Nazismus in seinem Ursprungsland immer noch am Werk« sei.[12]

Wenngleich sich die Regierungen im westlichen Ausland mit Äußerungen zurückhielten, war der Druck der dortigen öffentlichen Meinung doch ein Politikum ersten Ranges. Sefton Delmer, der Starreporter des Daily Express,

---

5 Vgl. etwa *FAZ*, 2. Januar 1960 oder 5. Januar 1960.

6 *FAZ*, 14. Januar und 17. Februar 1960; vgl. auch Hans-Peter SCHWARZ, *Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957-1963*, Stuttgart 1983, S. 209.

7 *FAZ*, 7. Januar 1960.

8 *FAZ*, 6. Januar, 14. Januar und 13. Februar 1960.

9 *The Times*, 5. Januar 1960, zit. nach: *Keesing's Archiv der Gegenwart*, 7. Januar 1960, S. 8143.

10 *FAZ*, 19. Januar 1960.

11 *FAZ*, 7. Januar 1960.

12 *FAZ*, 12. Januar und 2. Januar 1960.

recherchierte ausdauernd nach Spuren des Antisemitismus in Deutschland. In einem Fernsehfilm mit trommelnden Hitler-Jungen von einst und neonazistischer deutscher Jugend anno 1960, den Millionen von Engländern sahen, suchte Delmer mit Interviews zu dokumentieren, daß die deutsche Schuljugend nur über die Hohenstaufen, nicht aber über das »Dritte Reich« unterrichtet werde.[13] Auch der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, sah große Schwächen im Erziehungswesen der Bundesrepublik. Nichts sei systematisch geschehen, um der deutschen Jugend die Schuld der Vergangenheit bewußt zu machen.[14] Weltweit fragte man sich, ob es in Deutschland überhaupt zu den »braunen Ausschreitungen« hätte kommen können, wenn gegen die getarnten antisemitischen Tendenzen »in der staatlichen Verwaltung, der Justiz und im Unterrichtswesen« vorgegangen worden wäre.[15] Bezeichnenderweise suchte der Strafverteidiger der beiden Kölner Synagogenschänder seine Mandanten dadurch zu entlasten, daß er ihnen vor Gericht die Frage stellte, ob sie in der Berufsschule Geschichtsunterricht gehabt hätten, was beide verneinten.[16]

In der Folge erlebte die Bundesrepublik eine Fortsetzung der bildungspolitischen Diskussion, die schon im April 1958 ein Fernsehfilm über das zeitgeschichtliche Wissen der deutschen Schüler ausgelöst hatte. Die Sendung *Hitler und Ulbricht – Fehlanzeige* hatte niederschmetternd geringe Kenntnisse über die beiden Formen des Totalitarismus auf deutschem Boden aufgedeckt.[17] Die Debatte konzentrierte sich allerdings ganz auf die nationalsozialistische Vergangenheit und deren Bewältigung.

Die Fülle der Resolutionen und Publikationen, die eine bessere Unterrichtung über das »Dritte Reich« forderten, war kaum mehr überschaubar.[18] In der *Frankfurter Allgemeinen* hielt der bekannte CDU-Politiker Franz Böhm ein engagiertes Plädoyer für eine Forcierung des Zeitgeschichtsunterrichts.[19] Auf zahlreichen Lehrer- und Erziehertagungen wurde zunehmend selbstkritisch die Frage gestellt, ob die Eltern, die Lehrer oder die Lehrerausbildungsanstalten am meisten Schuld an der zeitgeschichtlichen Malaise treffe.[20] Die Ministerpräsidenten der Länder hielten es für geboten, ihren Kultusministern noch einmal selbst die Anweisung zu geben, den Zeitgeschichtsunterricht zu verstärken.[21] Auf der Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister Mitte Februar 1960 ging es zentral um die Behandlung der jüngsten

13 *FAZ*, 20. Januar 1960.
14 *FAZ*, 25. Januar 1960.
15 *Baseler Nachrichten*, zit. nach: *FAZ*, 5. Januar 1960.
16 *FAZ*, 6. Februar 1960.
17 *Rheinischer Merkur*, 22. Mai 1959.
18 Vgl. *Christ und Welt*, 9. Juli 1959.
19 *FAZ*, 9. Juni 1959.
20 Vgl. *Allgemeine Wochenzeitung der Juden*, 19. Juni 1959.
21 *Christ und Welt*, 21. Januar 1960.

Vergangenheit im Geschichts- und gemeinschaftskundlichen Unterricht. Dabei beschlossen die Minister, von den künftigen Lehramtsprüflingen aller Schularten den Nachweis fundierter Kenntnisse des Nationalsozialismus zu verlangen. Neue Lehrstühle für Politische Wissenschaften und präzise Auflagen für den zeitgeschichtlichen Bestand der Lehrer- und Schülerbüchereien sollten den Maßnahmenkatalog ergänzen.[22]

Zuweilen nahm die Debatte fast irrationale Züge an. So erklärte der baden-württembergische Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger den schlechten Besuch einer Veranstaltung zur Woche der Brüderlichkeit, bei der er als Hauptredner auftrat, schlichtweg zum Symptom dafür, daß »die Menschen die Vergangenheit mit ihren grausamen Massenmorden aus dem Bewußtsein verdrängen« wollten.[23] Im Ansatz ähnlich wie nach dem Fernsehfilm *Hitler und Ulbricht – Fehlanzeige*, im Umfang jedoch gesteigert, griff nach den Kölner Schmierereien in der deutschen Öffentlichkeit das Bewußtsein Platz, man habe etwas versäumt, wozu die teils weit überzogenen Angriffe der ausländischen Presse nicht unerheblich beitrugen. Moderate Äußerungen des früheren Hochkommissars Kirkpatrick etwa oder der *Times*[24] fielen gegenüber der Germanophobie des *Daily Express*, dem die Zwischenfälle gerade recht kamen, um »mit blinder Wut aufs neue zu behaupten, es lohne sich nicht, zwischen Deutschen und Nazis zu unterscheiden...«[25], kaum ins Gewicht. »Es wird lange dauern, ehe der Schatten der Gaskammern von unserem Land weicht...«, begannen die Deutschen nun schockartig zu erkennen: »Das Mißtrauen der Völker gegen uns ist riesengroß.«[26]

Wenn zunehmend auch westliche Presseorgane mit Hinweis auf die nationalsozialistischen Verbrechen Mißtrauen gegen die Deutschen schürten, so hing dies auch mit der internationalen Entwicklung im Kontext der zweiten Berlin-Krise zusammen, die seit Chruschtschows Ultimatum Ende 1958 andauerte. Ließ sich das deutsche Schuldgefühl nicht gegen die feste Haltung der Bundesregierung in der Frage der Wiedervereinigung einsetzen? Statt Westdeutschland zu säubern, so brachte es der sozialistische *Daily Herald* auf den Punkt, würde Adenauer nach jeder Gelegenheit greifen, Gipfelgespräche zu erschweren und den Kalten Krieg in Gang zu halten.[27] Könnte man nicht auch ohne Fortschritte in der deutschen Frage zu einer Entspannung des Ost-West-Konfliktes kommen?

22 *Bulletin der Bundesregierung*, 18. Februar 1960, S. 330.

23 *FAZ*, 14. März 1960.

24 Wobei aber selbst die »auf tiefgefrorenes Temperament geeichte« Londoner *Times* meinte, daß die antisemitischen Taten dazu dienen könnten, »alle Beteuerungen zu bestreiten, daß Deutschland seine Vergangenheit überwunden habe ...«; zit. nach: *Kölner Stadtanzeiger*, 30. Dezember 1959.

25 Kommentar in der *FAZ* vom 6. Januar 1960; vgl. auch *FAZ*, 20. Januar 1960.

26 *Christ und Welt*, 28. Januar 1960.

27 Zit. nach: *FAZ*, 14. Januar 1960.

Da das offizielle Bonn erkannte, welche gefährliche Stimmung sich auch im verbündeten Ausland zusammenbrauen könnte, wenn die Bewältigung der NS-Vergangenheit nicht noch energischer und nach außen hin sichtbar vorangetrieben würde, verzichtete man sogar darauf, die handfesten Anhaltspunkte für eine – heute als erwiesen geltende – kommunistische Steuerung der antisemitischen Sudelwelle allzu sehr herauszustellen.[28] Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß lag ein Bericht über eine ZK-Sitzung der SED von Anfang 1959 vor, bei der der Einsatz von Aktionskommandos zur planmäßigen Schändung jüdischer Kultstätten besprochen worden war.[29] Veröffentlichungen über antisemitische Strömungen seien besonders geeignet, das Ansehen der Bundesrepublik herabzusetzen, hieß es in dem Bericht. Auch ließ die Häufung der Fälle in Berlin auf Verbindungslinien zu sowjetzonalen Drahtziehern schließen. Die Verhaftung von Hakenkreuzschmierern, die kommunistischen Organisationen angehörten und an Lagern der FDJ teilgenommen hatten, deutete ebenfalls auf Maßnahmen der psychologischen Kriegsführung seitens des Sowjetblocks hin.[30]

Die Medien des Warschauer Paktes führten eine regelrechte Hetzkampagne, die in einem Artikel der *Iswestija*, dem amtlichen Organ der Sowjetregierung, gipfelte. Das Blatt behauptete, die im Gästebuch der Washingtoner Nationalgalerie neben der Unterschrift von Bundeskanzler Adenauer angebrachten Hakenkreuze könnten von ihm selbst stammen. Ebenso bodenlos waren die plötzlich erhobenen Vorwürfe gegen die von deutschen Behörden seit längerem geübte Praxis, Urkunden auch mit Emblemen des Dritten Reiches deutschen Repatrianten in der UdSSR zuzuleiten, damit diese ihre deutsche Staatsangehörigkeit dokumentieren konnten. Die Weiterleitung einer solchen Urkunde durch das Auswärtige Amt wurde von der sowjetischen Propaganda als Indiz für die Fortsetzung der Hitler-Politik gewertet.[31]

Als der polnische Parteisekretär Gomulka und der tschechoslowakische Außenminister David in der UN-Vollversammlung neue Anschuldigungen erhoben, nahmen der griechische, der niederländische und der belgische Außenminister die Bundesrepublik als »wertvollen Partner unserer gemeinsamen Bestrebungen für die friedliche Zusammenarbeit unter den Völkern« in Schutz. Der Belgier Wigny verwies auf die Kronzeugenschaft seines von deutschen Truppen zweimal besetzten Landes und äußerte sich überzeugt, daß »ein neues Deutschland entstanden« sei. Nicht die Bundesregierung,

28 Vgl. Hans-Peter SCHWARZ (zit. Anm. 6) S. 208ff.

29 *FAZ*, 20. Januar 1960.

30 Vgl. die Ausführungen von Bundesinnenminister Schröder, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 3. Wahlperiode 1957. Stenographische Berichte*, 18. Februar 1960, S. 5575, sowie *Keesing's Archiv der Gegenwart*, 20. Januar 1960, S. 8167.

31 *Bulletin der Bundesregierung*, 5. April 1961, S. 621, und 6. April 1961, S. 635.

sondern der Osten habe eine einseitige Änderung des Status von Berlin vorgeschlagen.[32]

Die freundlichen Urteile der westlichen Regierungen waren wohl auch auf die eindeutigen Reaktionen zurückzuführen, die es bei den Westdeutschen nach den Hakenkreuzschmierereien gegeben hatte. Mehrfach versicherte die Bundesregierung der Weltöffentlichkeit, daß nirgendwo »die Empörung über die Freveltaten so intensiv und allgemein ist wie gerade in der Bundesrepublik«. Das Bundeskabinett bat zudem den Bundestag, das ihm schon im März 1959 zugeleitete »Gesetz gegen Volksverhetzung« nun baldigst zu beschließen.[33] Doch konnten die Sozialdemokraten ihre allgemeinen rechtspolitischen Bedenken gegen die geplante Mindesthaftstrafe von drei Monaten bei antisemitischen Äußerungen auch nach dem Kölner Ereignis nicht überwinden. Der Generalsekretär des Zentralrates der Juden, Hendrik G. van Dam, wollte ebenfalls keinen »Naturschutzpark für Juden«.[34]

Daß der Kanzler sich als »besonders befugt« erachten konnte, zu den antisemitischen Vorfällen Stellung zu nehmen, war dabei ein glücklicher Umstand. In einer Rundfunk- und Fernsehansprache verwies Adenauer darauf, daß er und seine Familie Opfer des Nationalsozialismus geworden seien. Er hatte schließlich auf der »Todesliste« der Nationalsozialisten gestanden; während des »Dritten Reiches« war ihm von Juden aus finanzieller Bedrängnis geholfen worden. Auch der größere Teil des deutschen Volkes, so hielt Adenauer den Zweiflern im Ausland entgegen, habe dem Nationalsozialismus nur unter dem harten Zwang der Diktatur gedient; eine Wurzel habe der Nationalsozialismus im deutschen Volke nicht.[35]

Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt erinnerte im Abgeordnetenhaus an die Millionen Morde in den Gaskammern und Vernichtungslagern, die »im Grunde ungesühnt geblieben« seien.[36] Auch im nordrhein-westfälischen Landtag einigten sich Regierung und Fraktionen auf eine gemeinsame Resolution.[37] Die Abgeordneten im Bayerischen Maximilianeum nahmen stehend eine Erklärung ihres Präsidenten, Hans Ehard, entgegen[38], und im Saarland entschlossen sich Parteien und Jugendverbände zu einem Fackelzug auf das ehemalige Konzentrationslager »Goldene Bremm«.[39]

Der EKD-Ratsvorsitzende Dibelius verurteilte die Ausschreitungen in einem Telegramm an den israelischen Ministerpräsidenten, David Ben Gurion,

32 *Bulletin der Bundesregierung*, 8. Oktober 1960, S. 1835.
33 *Bulletin der Bundesregierung*, 7. Januar 1960, S. 8143.
34 *Die Zeit*, 19. Februar 1960.
35 Zit. nach *Keesing's Archiv der Gegenwart*, 16. Januar 1960 S. 8159.
36 *Die Welt*, zit. nach *Keesing's Archiv der Gegenwart*, 7. Januar 1960, S. 8144.
37 *FAZ*, 13. Januar 1960.
38 *FAZ*, 15. Januar 1960.
39 *FAZ*, 18. Januar 1960.

und übermittelte eine EKD-Spende in Höhe von 100.000 Mark. Die Gewerkschaftsjugend und die Landesjugendringe legten Kränze nieder und riefen zu Spenden für Israel auf.[40] Studenten in der ganzen Bundesrepublik von Bonn bis Berlin veranstalteten zum Jahrestag der NS-Machtergreifung am 30. Januar 1960 Kundgebungen, auf denen sie zusammen mit ihren Professoren gegen die antisemitischen Ausschreitungen protestierten.[41] Bundespräsident Heinrich Lübke besuchte demonstrativ ein jüdisches Altersheim in Berlin. Die am stärksten beachteten Zeichen setzte jedoch der Kanzler selbst. Mitte Januar kam er mit dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, zu einer Aussprache in Bonn zusammen, in deren Folge wenige Wochen später ein gemeinsamer Besuch der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen stattfand. Bei der Mahnfeier mit einer in Bergen-Belsen weilenden Delegation holländischer Juden versicherte Adenauer, daß Deutschland in der Erziehung der Jugend alles tun wolle, damit sich »die Ereignisse wie zur nationalsozialistischen Zeit nicht mehr wiederholen...«.[42] Die Glaubwürdigkeit des Kanzlers in dieser Frage war so groß, daß bedeutende jüdische Persönlichkeiten zu der Einschätzung gelangten, solange Adenauer regiere, hätten die Juden in Deutschland nichts zu fürchten.[43]

Als der Deutsche Bundestag am 18. Februar 1960 über die Vorfälle debattierte, markierte dies eine Zäsur in der Auseinandersetzung um die nationalsozialistische Vergangenheit. Zwar hatte das Parlament seit seiner ersten Sitzung 1949 immer wieder ausgiebig über das »Dritte Reich« und seine Folgen für die Politik der Bundesrepublik beraten, doch war das nie in einer so dezidiert defensiven Weise geschehen, wie es sich nun zu Beginn der sechziger Jahre abzeichnete. Selbst im Januar 1959, anläßlich einer großen Justizdebatte nach einer Reihe früherer antisemitischer Vorfälle, hatte es die Regierung noch nicht für nötig befunden, ausführlich ihre gesamten Anstrengungen zur Bewältigung der Vergangenheit seit 1949 darzustellen. Dies war im Ergebnis des Kölner Ereignisses alles anders geworden.

Nun veranlaßte die im In- und Ausland bohrend gestellt Frage nach dem politischen Nährboden, dessen Schichten womöglich tief in die NS-Vergangenheit hinabreichten, Bundesinnenminister Schröder – in Vertretung des erkrankten Bundeskanzlers – zu grundsätzlichen Ausführungen darüber, was

40 *Süddeutsche Zeitung*, 1. Februar 1960, und *FAZ*, 9. Februar 1960.

41 In Bonn sprachen beispielsweise die Professoren Bracher und Iwand; vgl. *FAZ*, 27. Januar, 19. Januar und 1. Februar 1960.

42 *FAZ*, 3. Februar, 4. Februar und 19. Januar 1960; vgl. auch Konrad ADENAUER, *Teegespräche 1959-1961*, hrsg. von Rudolf MORSEY und Hans-Peter SCHWARZ, Berlin 1988, S. 191 und S. 175-177.

43 Carlo Schmid nahm im Rahmen einer Bundestagsdebatte an diesem Urteil Anstoß: »Die Demokratie in Deutschland ruht nicht nur auf seinen zwei Augen«; *Stenographische Berichte* (zit. Anm 30), 18. Februar 1960, S. 5584.

»bei der Unterrichtung der deutschen Jugend über Schuld und Verhängnis des Dritten Reiches« versäumt und was an Aufklärung vor allem seitens des Bundes geleistet worden sei. Neben der Arbeit des Instituts für Zeitgeschichte nannte Schröder detaillierte Beispiele aus den Massenveröffentlichungen der Bundeszentrale für Heimatdienst: Sonderbeilagen – auch in Kunden- und Sportzeitschriften – über die Geschichte des Judentums in einer Auflage von rund einer Million, Sonderseiten des *Katholischen Lesebogens* und der *Neuen Bildpost* in Auflagen bis zu einer halben Million, Lesezirkel-Veröffentlichungen zum Thema »Vorurteile« in Auflagen bis zu 300.000 Stück, Herstellung und Verbreitung einer Broschüre der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema »Reichskristallnacht« sowie die Verbreitung der Dokumentarfilme *Nacht und Nebel, Kz-Schergen, In jenen Tagen, Land und Volk Israel*.[44]

Die Abgeordneten schienen zu spüren, wie sich ein Paradigmenwechsel[45] in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland vollzog. Ausgerechnet der Sprecher der Deutschen Partei, die eher als Apologet der Verdrängungsmentalität galt, verlieh diesem Gefühl Ausdruck und verwies darauf, daß sich der Bundestag »heute an sich das erste Mal« freimütig über die »Bewältigung unserer Vergangenheit« ausspreche.[46] Der SPIEGEL versuchte, sich an die publizistische Spitze der Bewegung zu setzen, und forderte, »die Nazis aus der Regierung« zu werfen, dann die »Blut-Richter« zu pensionieren und schließlich die Rinnsteine zu säubern.[47] Die »Frankfurter Allgemeine« bot in ihren »Dokumenten der Zeit« einem »paradigmatischen« Vortrag breiten Raum, den die Leiterin der Londoner Zentralstelle für wissenschaftliche Erforschung des nationalsozialistischen Antisemitismus, Reichmann, auf einer Kundgebung in Bonn gehalten hatte.

Reichmann zweifelte daran, ob die geistige Elite in Deutschland für das ganze Volk spreche, oder ob dessen überwältigende Mehrheit nicht lau »im Banne von Schuld und Gleichgültigkeit«[48] verharre. Die als typisch für die meisten Nationen erkannte Gleichgültigkeit der Massen wollte Reichmann den Deutschen, »nachdem, was geschehen ist«, nicht zubilligen. Es hätte vielmehr eine »Revolution des Geistes, eine radikale Umwertung sittlicher und politischer Maßstäbe« geben müssen; und wenn Deutschland schon unbegabt zur Revolution sei, dann hätte eben, wie damals bei Stein und

44 *Stenographische Berichte* (zit. Anm 30), 18. Februar 1960, S. 5576.

45 Den Begriff des »Paradigmenwechsels« verwenden wir nicht in strenger Anlehnung an den von Thomas S. KUHN (*Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Frankfurt/M. 1988) geprägten Terminus. Vielmehr bezeichnen wir damit den Wandel von politischen Mentalitäten und Verhaltensmustern in einer Gesellschaft.

46 *Stenographische Berichte* (zit. Anm 30), 18. Februar 1960, S. 5596.

47 *Der Spiegel*, 13. Januar 1960.

48 So der Titel des abgedruckten Vortrages, in: *FAZ*, 23. März 1960; siehe auch *FAZ*, 14. März 1960.

Hardenberg, eine »Revolution von oben« stattfinden sollen. Da der Umbruch nach 1945 in Reichmanns Augen weder personell noch sachlich radikal genug erfolgte, sei der »Bann der Schuldverstrickung« bis heute nicht gebrochen.

Die eigentümliche Metaphorik solcher Urteile war zugleich charakteristisch für ihre Metaphysik. Die Unsicherheit gegenüber einer unfaßbaren Vergangenheit, die eine Schicht mit besonderem intellektuellen Anspruch eben nicht so banal und pragmatisch »bewältigen« – respektive verdrängen – wollte wie die vermeintlich gleichgültigen Massen, sondern »irgendwie« anders, diese Unsicherheit führte schließlich ins Übersinnliche oder einfach ins Nebulöse. Spuren der schon seit 1945 zu beobachtenden und vielleicht auch sehr deutschen Metaphysik der »Vergangenheitsbewältigung« ließen sich ab Ende der 1950er Jahre verstärkt finden.

Diese metaphysische »Vergangenheitsbewältigung«, deren Wirkungen den Paradigmenwechsel 1959/60 begünstigten, durchzog im Februar 1960 weite Strecken der Bundestagsdebatte zu den antisemitischen Ereignissen. Die FDP-Politikerin Lüders etwa zeigte sich erschüttert darüber, »was wir selber in den vergangenen Jahren – trotz aller Bemühungen – versäumt haben«, und zwar, wie sie meinte, nicht aus Feigheit, sondern aufgrund einer tiefen Scham, einer erklärlichen, aber unbeschreibbaren inneren Scheu.[49] Dabei berief sich Lüders charakteristischerweise auf ihr Gefühl, denn der Verstand habe mit diesen Dingen wenig zu tun. Ähnlich appellierte der Sozialdemokrat Carlo Schmid an die Deutschen, sich Klarheit darüber zu verschaffen, was sich »in jenen Vorgängen – trotz des einmütigen Nein der größten Zahl der Deutschen dagegen – ausdrückt, ausdrückt vor allem in den Bezirken des Unbewußten.«[50] Auch außerhalb des Parlamentes schien es vielen, als sei der Nationalsozialismus zwar aus Politik und Weltanschauung verschwunden, »dafür aber in den Keller menschlicher Seelenkomplexe hinabgestiegen.«[51]

Daß die antisemitischen Ereignisse nicht auf einer politischen Einstellung, »nicht auf einer Organisierung, sondern auf dem so unseligen Nicht-wissen-Wollen und Schweigen« beruhten, wurde infolgedessen zu einem schwer zu greifenden, aber auch schwer zu widerlegenden Erklärungsmodell. Sprecher der Regierungsfraktionen griffen darauf ebenfalls gerne zurück, da es schließlich keine direkte Schuldzuweisung an die Exekutive enthielt, sondern die Verantwortung für das Geschehene generalisierte und der anonymen Gesellschaft zuschob.[52] Auf diesem Boden konnte nun der Weizen der

49 *Stenographische Berichte* (zit. Anm 30), 18. Februar 1960, S. 5588.

50 Ebd. S. 5582.

51 So etwa Dekan Langenfaß, zit. nach: *Süddeutsche Zeitung*, 14. März 1960.

52 *Stenographische Berichte* (zit. Anm 30), 18. Februar 1960, S. 5587 (Wilhemi, CDU), S. 5588 (Lüders, FDP) und S. 5579 (Bundesinnenminister Schröder).

Psychologen und Soziologen blühen – mit langfristigen Rückwirkungen auf das politische Klima der Bundesrepublik, wie sie sich damals allerdings nur wenige vorstellen konnten.

Zur Verdammung des allgemeinen »Nicht-wissen-Wollens« und »Schweigens« gehörte auch die rapide Zunahme individueller Schuldbekenntnisse: »Wir müssen deshalb immer wieder sagen, daß wir uns dessen schämen, was in unserem Volk in jenen Jahren geschehen ist. Wir schämen uns unabhängig davon, was wir getan, welchen Widerstand, oder ob wir gar keinen Widerstand geleistet haben.«[53] Zwar waren derlei Äußerungen alles andere als neu – Theodor Heuss hatte schon zu Beginn der fünfziger Jahre sehr beeindruckend von der deutschen »Kollektivscham« gesprochen, und seine Gedanken waren immer wieder aufgegriffen worden –, doch gewann die metaphysisch aufgeladene »Vergangenheitsbewältigung« nun rasch eine Eigendynamik. Selbst Politiker der Deutschen Partei spekulierten öffentlich darüber, ob durch die antisemitischen Vorfälle »vielleicht ...auch mancher, der in unserem Wirtschaftswunder allzu schläfrig dahindämmert«, wieder Gelegenheit erhielt, »sich zu erinnern, was einmal war und wohin es trieb.«[54]

Die ganze Eigentümlichkeit der Diskussion läßt sich wohl nur mit dem Exzeptionellen der Vergangenheit erklären, um die es dabei ging. Daß es die Nationalsozialisten verstanden hatten, fast alle Bewohner des deutschen Territoriums in »organisierte Schuld« zu verstricken, die inneren Emigranten nicht viel weniger als die Mitläufer und Parteimitglieder, erklärte für Hannah Arendt auch die »dem Außenstehenden so auffällige tiefe Ungeschicklichkeit« der Deutschen, sich in einem Gespräch über die NS-Vergangenheit zu bewegen.[55] Arendts Analyse läßt erkennen, wie tief die von Karl Jaspers schon 1945/46 beschriebene »metaphysische Schuld« von den Deutschen gefühlt, zumindest aber von ihren demokratisch gewählten Repräsentanten und ihren Medien artikuliert wurde: »Wenn es geschieht und wenn ich dabei war und wenn ich überlebe, wo der andere getötet wird, so ist in mir eine Stimme, durch die ich weiß: daß ich noch lebe, ist meine Schuld«.[56]

Metaphysische Schuld und Metaphysik der »Vergangenheitsbewältigung« müssen zusammen gesehen werden.[57] Unsere Anmerkungen zur Metaphysik

---

53 Ebd. S. 5587; vgl. auch den kritischen Kommentar Dolf Sternbergers über »Lehmanns Unbefangenheit«, in: *FAZ*, 4. Januar 1960.

54 *Stenographische Berichte* (zit. Anm 30), 18. Februar 1960, S. 5592 (Schneider, DP).

55 Hannah Arendt, hier zit. nach der Schröder-Rede, *Stenographische Berichte* (zit. Anm 30), 18. Februar 1960, S. 5579.

56 Vgl. die Heidelberger Vorlesungsreihe über »Die geistige Situation in Deutschland«, in: Karl JASPERS, *Hoffnung und Sorge. Schriften zur deutschen Politik 1945-1965*, München 1965, S. 77ff. und S. 92ff.

57 Vgl. auch Peter REICHEL, »Vergangenheitsbewältigung als Problem unserer politischen

einer sich verselbständigenden »Vergangenheitsbewältigung« dürfen jedoch nicht mit genereller Kritik an der durch metaphysische Schuldgefühle ausgelösten Diskussion verwechselt werden. Diese hatte gewiß ihren moralischen und politischen Stellenwert 1960 ebenso wie 1945 und in den Jahren danach. Die Einwände gründen vielmehr auf dem Wissen, daß das seit dem Paradigmenwechsel 1959/60 atemberaubend schnell wachsende Schuldgefühl so übermächtig wurde, daß es in wichtigen Teilen der meinungsbildenden Medien auch noch die letzten Residuen des deutschen Nationalgefühls aufzehrte, die vom Kommunismus ausgehenden Gefahren bagatellisierte und maßgeblich zur Verdrängung der totalitären Gegenwart in der DDR beitrug. Denn war es, wenn das Deutsche Reich aufgrund singulärer deutscher Schuld zerbrochen war, nicht auch ein »Erfordernis geläuterter politischer Moralität«, die widrigen (deutschlandpolitischen) »Realitäten« anzuerkennen[58] und sich mit der Sowjetisierung halb Europas zu abzufinden?

Die Kritik an den schädlichen Folgen des Paradigmenwechsels dürfte nicht so deutlich ausfallen, wäre sie nicht bereits von hellsichtigen Zeitgenossen 1960 geäußert worden. Vor allem in den Traditionsräumen des vielgescholtenen national-konservativen Protestantismus wurde ein »gesundes, von Übertreibungen gereinigtes nationales Selbstgefühl« als Voraussetzung einer stabilen Demokratie begriffen und deshalb bedauert, daß die ausschließliche Orientierung am »Schrecken von gestern...unser Geschichtsbild über die unmittelbaren Folgen des ... Nationalsozialismus hinaus« noch weiter demontiere.[59] Aber auch katholische Unionspolitiker, an ihrer Spitze Konrad Adenauer, beklagten diesen zunehmenden Mangel an Nationalgefühl.[60]

Der Wunsch jedoch, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten, »gewisse Mißgriffe« der pädagogischen »Umerziehung« der Besatzer nicht zu wiederholen und den »Gesamtzusammenhang der deutschen Geschichte«[61] nicht verloren gehen zu lassen, sollte sich nicht erfüllen. Statt dessen schrumpften Jahrhunderte deutscher Geschichte zur Prähistorie der nationalsozialistischen Epoche zusammen und interessierten viele nur noch als Vorgeschichte zu Auschwitz. Ließ das zunehmende Schuldgefühl die einst machtbesessenen Deutschen aber nun nicht machtvergessen und außenpolitisch vielleicht erpreßbarer werden, als sie es ohne Souveränität bis 1955 während Adenauers

Kultur«, in: Jürgen WEBER und Peter STEINBACH (Hrsg.), *Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren? NS-Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1984, S. 150: »Mit ausdrücklichem Bezug auf den moralischen und metaphysischen Schuldbegriff sucht der erweiterte Begriff von Vergangenheitsbewältigung ... in der politischen Kultur nach Spuren bzw. Defiziten entsprechender Bewußtseinszeugnisse und Verhaltensformen.«

58 Vgl. hierzu auch SCHWARZ (zit. Anm. 6) S. 311.

59 *Christ und Welt*, 7. Januar 1960.

60 ADENAUER, *Teegespräche* (zit. Anm. 42), S. 355ff.

61 »Es ist zu wenig geblieben, um der Nation nicht alles zu bewahren, was ihr Wesen ausmacht«; *FAZ*, 16. Januar 1960.

Kanzlerschaft gewesen waren? Jedenfalls begannen die Deutschen in ihrer »schrecklichen Verlegenheit« eigenhändig einen Kreidekreis der Befangenheit um sich herum zu ziehen. Obwohl »jeder einigermaßen informierte Mensch« wußte, daß aus den Hakenkreuzschmierern »keine Schlüsse auf die deutsche Mentalität« gezogen werden konnten, »sagt(e) sich jeder, daß dies nicht auf deutschem Boden passieren durfte. Nach Auschwitz, Maidanek und den anderen Schreckensorten...«.[62]

Die deutsche Politik tat sich schwer, auf die epidemischen Hakenkreuzschmierereien angemessene Antworten zu finden, die im In- und Ausland als Zeichen einer – vermeintlich notwendigen – Läuterung der Bundesrepublik Deutschland in puncto »Vergangenheitsbewältigung« akzeptiert werden würden. Nachdem die Sozialdemokraten das von der Bundesregierung vorgeschlagene Gesetz gegen Volksverhetzung und antisemitische Äußerungen nicht mittrugen, richtete sich das Interesse zeitweilig auf ein Verbot der neonazistischen DRP, aus deren Dunstkreis einige der Täter hervorgegangen waren. Da Bundesinnenminister Schröder jedoch schon bisher mehr Geld zur Beobachtung dieser Splitterpartei ausgab, als die DRP für ihren ganzen Apparat überhaupt zur Verfügung hatte, betrachtete er ein Verbotsverfahren als unzweckmäßig. Die Aktivitäten der DRP wurden vom Bundesinnenministerium ohnehin voll überblickt, ein Verbotsantrag hätte ihr nur eine weit überproportionale Publizität verschafft.[63]

Ließ sich bei den strafrechtlichen Schritten kein Konsens herstellen, so waren sich die demokratischen Parteien in den psychologisch-pädagogischen Maßnahmen der zu intensivierenden »Vergangenheitsbewältigung« weitgehend einig. Gewiß hatten zeitgenössische Beobachter wie Klaus Harpprecht schon im Mai 1959 im Zuge der Antisemitismus-Diskussion auf einen mehr als zehnjährigen »Erziehungsprozeß« in der Bundesrepublik zurückgeblickt und befunden, daß während der Ära Adenauer kaum ein Tag ins Land gegangen sei, an dem nicht ein Politiker, ein Wissenschaftler, eine Zeitung, eine Rundfunkstation oder eine religiöse Gemeinschaft an das Gewissen der Deutschen appelliert hätte.[64] Doch nun mußte wohl zur höheren Motivation der (außen)politisch-pragmatisch als notwendig erachteten weiteren Intensivierung der »Vergangenheitsbewältigung« so getan werden, als ob es die geschlossene Front der öffentlichen Meinung in dieser Sache vorher gar nicht gegeben hätte.

Dem Bundesminister für Familien- und Jugendfragen, Franz Josef Wuermeling, hatten die »ernsten Vorkommnisse« seit dem Kölner Ereignis deutlich gezeigt, daß das Wort von der unbewältigten Vergangenheit nicht nur

62 *FAZ*-Kommentar, 28. Dezember 1960.
63 Vgl. SCHWARZ (zit. Anm. 6) S. 210.
64 Klaus Harpprecht, in: *Der Monat* 128/13 (Mai 1959), S. 19.

ein Schlagwort war, sondern »tatsächlich eine gewisse innere Berechtigung« hatte, weil »manche Deutsche, darunter auch junge Menschen, die in der Epoche von 1933 bis 1945 begangenen Schändlichkeiten und Unmenschlichkeiten nicht sehen« wollten. Angesichts der Schatten von Auschwitz und Buchenwald hatten die Deutschen, nach Ansicht Wuermelings, jedenfalls kein Recht, die Vorfälle »lediglich als dumme Jungenstreiche abzutun.« Der CDU-Minister räumte ein, es sei während der vergangenen Jahre im Bereich der politischen Bildungsarbeit viel geschehen, aber es bleibe trotzdem »noch viel zu tun«.[65] Im Bundesjugendplan wurden dann auch folgerichtig die Mittel für die politische Bildungsarbeit erhöht.

Der Bundesjugendring, der sechs Millionen deutsche Jugendliche von der kirchlichen bis zur Gewerkschaftsjugend vertrat, war indes von den Schmierereien, dem »Werk von Einzelgängern«, bereits abgerückt und hatte der Weltöffentlichkeit bedeutet, wie ernsthaft die jungen Deutschen in den vergangenen Jahren »um die Überwindung der nazistischen Vergangenheit bemüht« gewesen waren: Dafür hätten immer wieder Tausende von jungen Menschen an den Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts, insbesondere in den ehemaligen Konzentrationslagern, öffentlich Zeugnis abgelegt.[66] Auch im August 1960 beteiligten sich Tausende junger Katholiken an einer »Sühnewallfahrt« nach Dachau, um damit erneut den Willen der Jugend zu bekunden, Sühne für die Untaten zu leisten, die »gewissenlose Männer aus unserem Volk an unschuldigen Menschen begangen« hatten.[67]

Adenauer selbst sah sich im Zuge des Eichmann-Prozesses 1961 abermals veranlaßt, ein grundsätzliches Bekenntnis zur »Vergangenheitsbewältigung« abzulegen. Denn schon seit Mai 1960, als der für die Ausführung der »Endlösung« verantwortliche SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann vom israelischen Geheimdienst aufgespürt und verhaftet worden war, richteten sich die Blicke der Weltöffentlichkeit wieder mit besonderer Schärfe auf die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte. Das Verfahren gegen Eichmann füllte über zwei Jahre lang die Spalten der internationalen Presse. Für die Bereitschaft des israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion – nach einem Gespräch mit Adenauer in New York – , der außenpolitisch in Mißkredit geratenen Bundesrepublik demonstrativ zur Seite zu stehen, zahlte Bonn einen finanz- und militärpolitischen Preis: Auch nach Ablaufen des Wiedergutmachungsabkommens 1964, so Adenauers Zusage, sollte sich die Bundesrepublik an der Entwicklung Israels beteiligen und darüber hinaus

65 *Bulletin der Bundesregierung*, 16. Februar 1960, S. 306, sowie 21. Januar 1960, S. 110.

66 *Bulletin der Bundesregierung*, 9. Januar 1960, S. 45.

67 Auf dem KZ-Gelände weihte der Münchner Bischof Neuhäusler, früher selbst Häftling des Lagers, ein von deutschen Katholiken errichtetes Ehrenmal ein. Die Kapelle für die 30.000 ermordeten Gefangenen trug den Namen »Todesangst Christi«. Vgl. *Bulletin der Bundesregierung*, 2. August 1960, S. 1407.

geheime Waffenlieferungen leisten.[68] Wenige Tage vor Prozeßbeginn im April 1961 wies Ben Gurion dann darauf hin, daß die jungen Deutschen nicht für Untaten von Angehörigen der älteren Generation verantwortlich gemacht werden könnten.

Adenauer bedankte sich öffentlich für diese Unterstützung und äußerte in einer vielbeachteten Fernseherklärung den Wunsch, daß die volle Wahrheit ans Licht kommen möge: Alle Deutschen seien nach dem Zusammenbruch 1945 von Scham und Sorge erfüllt gewesen, »weil nunmehr zum ersten Male uns, dem deutschen Volk, der furchtbare Abgrund des Nationalsozialismus zum Bewußtsein kam.« Heute, 1961, indes gebe es im moralischen Leben des deutschen Volkes »keinen Nationalsozialismus mehr, kein nationalsozialistisches Empfinden«.[69] Die schon von Kurt Schumacher abgelehnte Zerknirschungsmentalität war also auch Adenauer nach wie vor fremd; doch seine bei aller Sensibilität für die Vergangenheit unverändert selbstbewußte Position vermochte sich nun immer weniger durchzusetzen. Fast alle bisherigen Formen der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit verfielen statt dessen öffentlicher Geringschätzung, da sie die Hakenkreuzschmierereien schließlich nicht hatten verhindern können.

Der Paradigmenwechsel in der »Vergangenheitsbewältigung« war ganz wesentlich gekennzeichnet durch die Zerstörung des antitotalitären Grundkonsensus und einen Wandel hin zum bloßen Antifaschismus. Symptomatisch für diese Entwicklung verlief der Verbotsprozeß, den die Bundesregierung gegen die kommunistische Tarnorganisation der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN) im Oktober 1959 angestrengt hatte. Dieser Verband veröffentlichte periodisch Listen von Politikern und Angehörigen anderer exponierter Berufsstände, die in der Hitlerzeit Verbrechen begangen hatten oder haben sollten. Zwar waren die Anschuldigungen nicht immer falsch, in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Fälle jedoch wurden »Lügen wiederholt, die schon hundertmal widerlegt werden konnten.«[70]

Zu den letzten Opfern einer solchen gezielten Verleumdung hatte 1959 der Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer gezählt. Innenminister Schröder – in diesem Zusammenhang als »SA-Mann« diffamiert – hatte das VVN-Verbot ausgerechnet zu einem Zeitpunkt beantragt, als weiteres, laut Ostberlin »sensationelles« Beweismaterial gegen den »Mörder von Lwow« alias Theodor Oberländer unterbreitet und seitens der VVN ein sofortiges Gerichtsverfahren gegen ihn verlangt worden war. Dies veranlaßte nicht nur die SED zur Konstruktion eines direkten Zusammenhangs. Auch die westdeutsche SPD hielt ein Verbot der VVN für »unzeitgemäß«: Es würde

68 Vgl. SCHWARZ (zit. Anm. 6) S. 211.

69 *Keesing's Archiv der Gegenwart*, 11. April 1961, S. 9025.

70 *General-Anzeiger*, 24. Oktober 1959.

absolut nicht in die politische Landschaft passen und müßte den Eindruck erwecken, als handele es sich um einen Racheakt oder gar um einen Versuch zur Unterdrückung der Wahrheit.[71] Derartige Einwände schienen die Richter am Bundesverwaltungsgericht zu berücksichtigen, als sie den Prozeß drei Jahre lang dilatorisch behandelten und erst im November 1962 – also lange nach dem in der Sache unbegründeten Rücktritt Oberländers – das Verfahren eröffneten.[72] Nach Vorwürfen gegen den Gerichtspräsidenten wegen seiner Doktorarbeit aus der Zeit des Dritten Reichs beschloß der zuständige Senat, das Verfahren erneut auszusetzen, ohne einen neuen Verhandlungstermin zu nennen. Die Richter zweifelten, ob eine etwaige Feststellung der Verfassungswidrigkeit der VVN ausreiche, um den Verbotsantrag zu rechtfertigen. Denn der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland liege der »Sühnegedanken« zugrunde und dessen Verwirklichung gehöre, so das Gericht, zu den vornehmsten Aufgaben der Bundesregierung. Deshalb müsse abgewogen werden, ob gegen eine Organisation von Verfolgten ein Verbot samt der damit untrennbar verbundenen Strafaktion erlassen werde dürfe.[73]

Der richterliche Affront gegen die Exekutive war offensichtlich. Ein halbes Jahr nach dem Gerichtsbeschluß vom 5. Dezember äußerte die Bundesregierung dem Senat gegenüber, sie könne nicht nachvollziehen, daß der Hinweis auf den Sühnegedanken die Fortführung des »im Rahmen eines verfassungsrechtlichen Gebotes« eingeleiteten Verfahrens beeinflussen sollte. Doch kam es schließlich aus anderen, formalen Gründen – infolge des 1964 verabschiedeten neuen Vereinsgesetzes – zu einer Einstellung des Prozesses.[74]

Die Bundesregierung war mit ihrem Verbotsantrag im alten Geiste des Antitotalitarismus gescheitert, weil sich das Bundesverwaltungsgericht dem Zeitgeist einer neuen antifaschistischen »Vergangenheitsbewältigung« beugte. Der SPIEGEL nahm erstaunt zur Kenntnis, »daß ein höchstes deutsches Gericht offenbar nach moralischen und humanitären Gesichtspunkten statt nach den harten Paragraphen des geschriebenen Rechts« urteilte. Tatsächlich hatte der Senat mit dem Gedanken der Sühne des NS-Unrechts ein Moralprinzip aufgestellt, das weder aus einem Artikel des Grundgesetzes

71 Zit. nach *Deutsche Tagespost*, Augsburg, 4. November 1959. Zum Fall Oberländer vgl. auch Günter Buchstab (Bearb.), *Adenauer: »... um den Frieden zu gewinnen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes, 1957-1961*. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, hg. v. G. Buchstab, K. Gotto, H. G. Hockerts, R. Morsey, H.-P. Schwarz, Bd. 24), Düsseldorf 1994, S. 658-665.

72 Vgl. Albin STOBWASSER, *Die den roten Winkel trugen. Zur Geschichte der VVN-Bund der Antifaschisten-Hamburg*, Hamburg 1983, S. 60.

73 *Keesing's Archiv der Gegenwart*, 6. Dezember 1962, S. 10285.

74 Präsidium der VVN (Hrsg.), *Von Buchenwald bis Hasselbach. Organisierter Antifaschismus von 1945 bis heute*, Köln 1987, S. 53f.

herauszulesen war, noch in einem Verfassungskommentar behandelt wurde, und nach dem bis dahin kein deutsches Obergericht judiziert hatte.

Nicht nur in die juristische Bewertung der nationalsozialistischen Vergangenheit kam dadurch ein moralisierender Impetus hinein; gerade auch in der Politik setzte sich Anfang der 60er Jahre diese Entwicklung vom Antitotalitarismus zum Antifaschismus durch. Die Doppelbödigkeit der damit einhergehenden neuen »Bewältigungsmoral« dokumentierte etwa im März 1962 der gemeinsame Auftritt des DDR-Staatssekretärs für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, mit dem hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller auf einer öffentlichen Veranstaltung der VVN in Frankfurt.

Seigewasser, für die Verfolgung der Christen in Mitteldeutschland hauptverantwortlich, gab sich »stolz darauf, daß in der DDR das Vermächtnis der deutschen Widerstandskämpfer erfüllt« worden sei. In der Bundesrepublik, so VVN-Geschäftsführer Max Oppenheimer, säßen dagegen »in vielen Positionen die gleichen Männer«, die 1933-1945 das »Elend in der Welt heraufbeschworen« hätten. Statt nun in gebotener Schärfe auch den Kirchenkampf in der DDR zu kritisieren, resümierte Niemöller, das Leben dieser Erde reiche nicht aus, »die vom Naziterror geschlagenen Wunden zu heilen.«[75] So wurde über den seit eineinhalb Jahrzehnten vernarbenden, nach den Kölner Hakenkreuz-Schmierereien 1959 wieder aufgerissenen Wunden der Vergangenheit die totalitäre Gegenwart östlich der Elbe immer häufiger übersehen.

Auch die personelle »Vergangenheitsbewältigung« nahm wieder stärker den denunziatorischen Charakter an, den sie schon während der unmittelbaren Nachkriegszeit gehabt hatte, der aber in der Ära Adenauer einem »inneren Frieden« gewichen war. Dieser innere Friede der fünfziger Jahre bedeutete zwar hinsichtlich der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zu keinem Zeitpunkt eine Friedhofsruhe – schon die immerwährenden Skandale verhinderten dies –, doch waren die »Fälle« belasteter (Politiker-) Persönlichkeiten meist, wie etwa bei dem 1955 zum Rücktritt gezwungenen niedersächsischen Kultusminister Schlüter, mit Verfehlungen in der demokratischen Gegenwart der Bundesrepublik Deutschland verbunden oder sie waren so kraß, daß sie ohnehin strafrechtliche Relevanz hatten.

Je stärker aber bereits die bloße Mitgliedschaft in der NSDAP oder in der SA »mit dem Makel der Zugehörigkeit zu einer Gangsterbande« behaftet wurde, weil man neigte, jede noch so kleine opportunistische Verfehlung während des »Dritten Reiches« vor dem Hintergrund von Auschwitz zu beurteilen, desto »verlockender erschien es manchen Kritikern der Regierung, mißliebige Politiker oder Beamte durch Verweis auf eine NS-Vergangenheit

75 *Süddeutsche Zeitung*, 19. März 1962.

zur Strecke zu bringen oder doch zu schwächen.«[76] Dies galt um so mehr, als allmählich eine jüngere Generation politisch mündig wurde, die das »Dritte Reich« nicht mehr selbst miterlebt hatte und die viel strengere Maßstäbe an diese Zeit anlegte als die Generation der Mitläufer.

Dabei wurden andererseits wichtige zeitgeschichtliche Fakten, die den Antitotalitarismus der Ära Adenauer begründet hatten, zunehmend verdrängt. Daß die Weimarer Demokratie nicht zuletzt dem Zangenangriff von Kommunisten und Nationalsozialisten zum Opfer gefallen war[77], paßte nicht mehr recht in das Geschichtsbild einflußreicher gesellschaftlicher Kräfte, die damals einen »Wandel durch Annäherung« an den Ostblock ins Auge faßten. So fiel eine realistische Sicht des Nationalsozialismus und seiner Ermöglichung auch den Entwicklungen der Weltpolitik und ihren vermeintlichen Notwendigkeiten zum Opfer. Vor allem den Jüngeren erschien die wehrhafte und stabile Demokratie der Ära Adenauer »zunehmend als autoritäres System, die erfolgreiche soziale Marktwirtschaft als kaschierter bürgerlich-materialistischer Kapitalismus, der Antitotalitarismus als bloße Ideologie des Antikommunismus.«[78]

Der Aufstieg des Maoismus als eigenständiger Variante des Kommunismus und der Castro-Kult in Lateinamerika weckten neues Interesse für linke Befreiungsideologien und ließen den Kommunismus als eine gleichwertige Gesellschaftsform unter anderen erscheinen. Diese ideologische Äquidistanz entschärfte und entdämonisierte nicht nur das Totalitäre, sie relativierte zunehmend auch die »grundlegenden Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen freiheitlicher und totalitärer Politik, und sie stellte nun anstelle des Kommunismus vor allem den Antikommunismus unter Ideologieverdacht.«[79] Im Sog dieser Entwicklung sollte auch der sichtbare Unterschied zwischen denjenigen verschwimmen, die wirklich an der jüngsten deutschen Vergangenheit litten und die mit einem reinen moralischen Impetus um deren »Bewältigung« bemüht waren, und den anderen, die diesen wichtigen Teil der deutschen Geschichtserinnerung von vornherein für ihre teils fragwürdigen, »antifaschistisch« getarnten Zielsetzungen funktionalisierten. Schließlich konnte man Anfang der 1960er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland den Eindruck gewinnen, als würde der nach 1945 rasch abgerissene Faden »antifaschistischer Vergangenheitsbewältigung« wieder weitergesponnen.

---

76 SCHWARZ (zit. Anm. 6) S. 215.

77 So der Berliner Innensenator Joachim Lipschitz in einem Rundfunkvortrag am 23. April 1960, zit. nach: *Bulletin der Bundesregierung*, 28. April 1960, S. 763.

78 Karl Dietrich BRACHER, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982, S. 291.

79 Ebd. S. 294.

Die durch einige vielbeachtete NS-Prozesse ab 1958 verstärkt in Erinnerung gerufenen Verbrechen des »Dritten Reiches« und das Erschrecken über die weltweite Reaktion nach dem Kölner Ereignis von 1959, mit den alten Bildern des bösen Deutschen, waren wesentliche Voraussetzung für den Paradigmenwechsel vom Antitotalitarismus zum reinen Antifaschismus. Obendrein war die Atmosphäre der Entnazifizierung mit ihren Begleiterscheinungen nicht mehr so gegenwärtig. Außerdem war der Formationsprozeß des deutschen Parteiensystems zu einem gewissen Abschluß gekommen, da der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) – lange auch Auffangbecken für ehemalige Parteigenossen – seit den Bundestagswahlen von 1957 zusehends zerfiel. Gerade der BHE hatte als parteipolitische Alternative zu CDU, CSU, SPD und FDP und als deren Koalitionspartner in Bund und Ländern größere Rücksichten auf biographische Belastungen erzwungen, als diese künftig nötig schienen.[80] Ohne das Ministeramt für Oberländer wäre etwa eine loyale Mitarbeit des BHE in der Bundesregierung 1953 nicht zu haben gewesen.[81]

Darüber hinaus hatten die Sozialdemokraten auf ihrem Parteitag in Bad Godesberg 1959 und mit der denkwürdigen Rede Herbert Wehners am 30. Juni 1960 eine wirtschafts- und außenpolitische Wende vollzogen und ihren Frieden mit Adenauers Politik der Westintegration gemacht. Auf der Suche nach neuen Themen bot sich jetzt auch die Rolle einer personal- und gesinnungspolitischen Opposition an. Dies mochte zudem die Annäherung an die intellektuelle Linke erleichtern, die in besonderer Weise an »Vergangenheitsbewältigung« interessiert war und zum parteipolitischen Lager der SPD während der gesamten 50er Jahre meist Abstand gehalten hatte. Nach den Hakenkreuzschmierereien machten die Sozialdemokraten jedenfalls in erster Linie Konrad Adenauer dafür verantwortlich, daß ehemalige aktive Nationalsozialisten »führende Stellungen in seiner Regierung einnehmen und sogar Kabinettsmitglieder werden konnten...«. Der SPD-Kanzlerkandidat Willy Brandt verwies auf die hohen Etagen in Verwaltung, Justiz und Schulwesen, wo es seiner Einschätzung nach Leute gab, »die besser nicht gleich wieder in ihre Position gekommen wären.« Zuviel sei durch Bonns Großzügigkeit mit dem Mantel der Nächstenliebe zugedeckt worden.[82] Obendrein wurde dem Bundeskanzler jetzt pauschal die Schuld an der Entstehung »jenes schwülen politischen Klimas« zugewiesen, in dem »das Unkraut antisemitischer und nationalistischer Umtriebe wuchert.«[83]

---

80 Vgl. hierzug Wolfgang TREU, *Die deutschen Parteien*, Frankfurt 1975, S. 233.

81 SCHWARZ (zit. Anm. 6) S. 207.

82 *Frankfurter Neue Presse*, 8. Januar 1960.

83 So die sozialdemokratische Zeitung *»Die Freiheit«*, Mainz, am 6. Januar 1960, nach: STOBWASSER (zit. Anm. 72) S. 47.

Schließlich ging bei den Bundestagswahlen im Herbst 1961 nicht nur die absolute Unionsmehrheit verloren, auch die Ära Konrad Adenauers neigte sich nun immer deutlicher dem Ende zu. Neben den bekannten außen- und innenpolitischen Faktoren dieses von Hans-Peter Schwarz eindrucksvoll geschilderten Epochenwechsels, sollten auch die neuen antifaschistischen Paradigmata in der »Vergangenheitsbewältigung« noch stärker in diesem Erklärungszusammenhang Berücksichtigung finden. Denn sie begründeten mit ihrem moralischen Pathos letztlich auch die kulturelle Hegemonie jener gesellschaftlichen Kräfte, die am Ende der 60er Jahre entscheidenden Einfluß vor allem auf die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland gewannen.